

Professor Dr. H. Heimpel  
Göttingen  
Dahlmannstraße 14

H. V.

Göttingen, den 9. Dezember 1952

Lieber Herr Baethgen!

Für Ihren offenen und freundlichen Brief danke ich Ihnen herzlich. Er hat sich wohl mit meiner kleinen Bitte um Auskunft gekreuzt. Trotzdem beeile ich mich, ihn zu beantworten. Ich muß Ihnen zugeben, daß Ihre Monita nur allzu berechtigt sind und muß mich in so fern anklagen, als ich in der betreffenden Sitzung meine Pflicht nicht ganz getan habe, das heißt, nicht immer so recht auf dem Posten gewesen bin. Eine gewisse Verzeihung darf ich bei Ihnen deswegen voraussetzen, denn Sie werden mit mir fühlen, wie qualvoll schlecht geleitete Sitzungen sein können. Wenn ich nun gleich die einzelnen Punkte durchgehen darf, so ist der erste ein Mißverständnis. Der Bericht, den wir an Herrn Michel über die Aktivität unseres Verbandes schicken sollen, sollte nach unserem Beschluß auch von der "Bibliographie", das heißt, von der von den MGH und dem Verband herausgegebenen Bibliographie der deutschen Literatur zur allgemeinen Geschichte berichten, nicht von der internationalen Bibliographie. Darüber konnten Sie sich durch die ungeschickte Fassung des Protokolls täuschen, das gleich im nächsten Satz nichts anderes festhält, als den Wunsch des Comité International, auf Lücken in der internationalen Bibliographie aufmerksam gemacht zu werden. Das kann nur durch Sie geschehen, und der Verband wird in dieser Sache keine Aktivität entwickeln. Bezüglich Ihres zweiten Gravamens habe ich ein besonders schlechtes Gewissen. So viel ich mich erinnere, wurde diese Beratung mit hängendem Magen, kurz in der Zeit abgehalten, in der uns wieder einmal keine Pause gegönnt war. Sie werden mir erlauben, daß ich Ihre ganz richtigen Anregungen an Ritter weitergebe, wobei ich die anderen Namen als von Ihnen angeregt bezeichnen, Ihren Namen aber von mir aus auf das nachdrücklichste benennen werde. Die Anregung, mit den Italienern in Fühlung zu treten, werde ich an Herrn Ritter weitergeben, und ihm dabei vorschlagen, zunächst einmal Sie um eine mehr inoffizielle Fühlungnahme zu bitten. Im übrigen konnte es sich nicht darum handeln, daß wir für Rom, beziehungsweise unsere Beteiligung einen Plan aufstellen, sondern

es wurde, wie Sie aus dem "etwa" auf Seite 5 des Protokolls sehen, ein zunächst unverbindliches, wie ich zugebe nicht glückliches Programm aufgestellt, von dem ausdrücklich gesagt ist, daß der Historikertag Bremen darüber zu befinden hat. Freilich gebe ich zu, daß es nicht ganz leicht ist, Herrn Ritter in der Disziplin dieses Beschlusses zu halten. Er schreibt mir am 20.11. schon wieder von "Themata, die ich (Ritter) dem CISH als Themata für die Rapports in Rom ... präsentieren soll". Davon kann vor Bremen keine Rede sein, und ich werde das auch deutlich zu machen suchen. Ich verstehe mit Ihnen nicht, warum wir die Dinge nicht ruhig an uns herankommen lassen und immer wieder über unsere Beschlüsse hinausprellen müssen. Bezüglich der Neuwahlen bin ich ganz Ihrer Meinung. Ich glaube nicht, daß das Rechtsgutachten, das eine Satzungslücke für die Zukunft wirklich schließen mußte, Grund zu Befürchtungen Anlaß gibt. Ich bin selbst fest entschlossen, mein Amt abzugeben und ebenso entschlossen für eine echte Neuwahl auch der anderen Ämter einzutreten. Bezüglich eines Katholiken denke ich nicht so paritätisch wie Sie. Ich persönlich nehme die Leute wie es trifft. Aber Sie mögen taktisch recht haben, wenn ich auch fragen muß; Wäre Herr Braubach wirklich in unserem Ausschuß, wenn er nicht eben Katholik wäre? Aber ich will mich hier gewiß nicht sperren.

Sein Sie also überzeugt, daß ich Ihre Anregungen durchaus zur Geltung bringen werde, und geben Sie mir, wegen des "vertraulich" - Vermerks auf dem Kopf Ihres Briefes, nur bitte einen Wink, wie weit ich mich auf die "Stimme des einfachen Verbandsmitgliedes" berufen darf. Denn schließlich haben meine Änderungsvorschläge doch ein anderes Gewicht, wenn ich sie zugleich als Ihre Wünsche anmelden kann.

Es hat mir sehr leid getan, daß ich nicht noch einmal nach München habe kommen können, aber das hiesige Leben hat gleich wieder so nach mir gegriffen, daß nichts zu machen war.

Mit nochmaligem herzlichem Dank für Ihre Offenheit bin ich wie immer

Ihr in herzlicher Verehrung ergebener

*Ullrich*

*P. S. Bitte nicht in die Akte eintragen  
mit dem Namen des Ausschusses. S. S.*

Verband der Historiker Deutschlands

- DER VORSITZENDE -

Prof. Gerhard Ritter

D. Th. et Jur. h. c. Dr. phil.

Freiburg im Breisgau 22.6.51.

Mozartstraße 48 · Telefon 4280

Herrn Prof. Dr. Baethgen  
München 2 Arcistr. 10  
19 Aiblingerstr. 3

Lieber Baethgen!

Ich antworte Dir erst heute auf Deinen Brief vom 16., weil ich mich zunächst wegen der Sache Forschungsgemeinschaft erst bei den hiesigen Kollegen, Dekan, Senat usw. erkundigen wollte.

Offiziell ist hier niemand gefragt oder auch nur orientiert worden. Orientiert ist nur Herr Tellenbach, der als Mitglied des Hauptausschusses der NG an den Verhandlungen beteiligt war und sich bemüht hat, den Heisenbergschen Einfluß einzudämmen bzw. abzuwehren. Alle anderen wissen nur etwas aus der Zeitung oder gar nichts. Ich wundere mich besonders, dass auch die großen Verbände und Institute nichts mitzureden hatten. S.Zt. war ich doch als Verbandsvorsitzender Mitglied eines "Beirates" des Forschungsrates. und auf einer Bonner Sitzung wurde einen ganzen Tag lang über relativ unwichtige Einzelheiten des Statuts mit uns beraten. Jetzt sind offenbar die Verbände einfach beiseite geschoben. Meinst Du, dass man protestieren sollte?

Uebrigens bestreitet Herr Tellenbach, dass eine stärkere Vorherrschaft der Naturwissenschaften im Werke sei. Das Bedauerlichste scheint ihm die vollständige Neubesetzung aller Aemter der NG, die doch durch Zierold sehr gut geleitet ist und inzwischen viel Erfahrung gesammelt hat. Heisenberg soll scharfer Gegner Zierolds sein. Ich selbst habe von Anfang an die Gründung des "Forschungsrates" für verfehlt gehalten.

Mit schönsten Grüßen

Dein



13.6.1949.

Herrn

Prof. Dr. G. R i t t e r,

F r e i b u r g /Br.  
Mozartstr. 48

Lieber Ritter,

in Beantwortung Deines Briefes vom 1. Juni, für den ich Dir bestens danke, möchte ich Dir heute eine endgültige Mitteilung über die Termine der Sitzungen machen, nachdem ich die Frage noch einmal mit Herrn Goetz besprochen habe. Wir gehen also aus von der Voraussetzung, dass der Historikertag vom 12.-14.9. stattfindet und dass der 11. für Eure Vorbesprechungen reserviert bleibt. Nun hatten mir die österreichischen Mitglieder der Zentralkommission neuerdings, nachdem ich schon mit Dir korrespondiert hatte, geschrieben, dass sie in der Woche nach dem Historiker-Tag auf keinen Fall mehr kommen könnten. Es bleibt mir infolgedessen nichts anderes übrig als die Sitzung der Zentralkommission vor den Historiker-Tag, also auf den 9. und 10. zu verlegen, während die Historische Kommission dann am 15. und 16. tagen soll. Wir haben uns dazu nicht sehr gern entschlossen, da wir, d.h. Herr Goetz und ich, wie seit einigen Jahren üblich, wieder einen gemeinsamen Vortragsabend und ein gemeinsames Essen veranstalten möchten. Das ist natürlich erschwert, wenn zwischen den Sitzungsterminen der Historiker-Tag liegt, denn die Mitglieder der Zentralkommission werden nicht alle die ganze Zeit in München bleiben wollen. Es hilft aber nichts und so sind wir also zu der oben erwähnten Reihenfolge gekommen. Wir sind auch beiderseits verstanden damit, dass die Einladungen zum Historiker-Tag einen Hinweis auf unsere beiden Tagungen enthalten.

Solltest Du gegen die hier vorgeschlagene Regelung noch Einwände haben, so würde ich um eine rasche und zwar telegraphische Nachricht bitten. Höre ich nichts, so lasse ich meinerseits die Einladungen zur Sitzung der Zentralkommission diese Woche hinausgehen; ich muss natürlich Wert darauf legen, dass die Mitglieder den Termin zuerst auf dem formellen Wege unmittelbar erfahren.

Hinsichtlich der Bibliographie möchte ich Dir noch sagen, dass ich einigermaßen zweifelhaft geworden bin, ob der Verlag Simons leistungsfähig genug ist, die Sache zu übernehmen und zur rechten Zeit damit fertig zu werden. Es wäre mir daher interessant zu erfahren, ob Du etwa noch eine andere verlegerische Möglichkeit hast, die man in Erwägung ziehen könnte. Zum mindesten wäre es vielleicht ganz gut, wenn man Frau Simons einmal andeutete, dass man evtl. auch einen anderen Weg einschlagen würde. Natürlich müsste das in sehr verbindlichen Formen geschehen, denn mit Rücksicht auf das Deutsche Archiv liegt mir sehr daran in guten Beziehungen mit ihr zu bleiben. Aber ganz sicher ist es mir nicht, ob sie selber auf die Bibliographie unbedingten Wert legt. Über die technischen Fragen bleibe ich weiter mit Herrn Kampf in Verbindung, um Dir die Mühe der Korrespondenz zu ersparen.

Mit schönsten Grüßen

Dein

B.

München, den 26.6.1950

Herrn

Prof. Dr. Friedrich Baethgen

München 27, Sternwartstr. 20  
=====

Sehr geehrter Herr Professor!

In der Anlage gestattet sich das Deutsche Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit eine Denkschrift über die Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes, die als Grundlage einer sachlichen Klärung über die von Professor Gerhard Ritter im Rahmen seines Schrifttums entwickelten Geschichtskategorien gedacht ist, zu überreichen.

Die Denkschrift ist notwendig geworden, nachdem der deutsche Historikerverband in einer Eingabe vom 10.4.50 an Herrn Bundesminister Dr. Dr. Heinemann gegen einen Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 17.3.50, betitelt: "Forschungsgebiet: Der Nationalsozialismus", Verfasser J. Heydecker, scharfen Protest erhoben hat.

Der Protest richtet sich im wesentlichen gegen folgende Zeilen des genannten Artikels:

" Dr. Kroll steht nicht allein, wenn er Professor Ritter als einen 'Mann engsten Nationalismus' großpreußischer Prägung, einen glühenden Verehrer Bismarcks und Vertreter der Gewalt-Politik" bezeichnet.

Es folgen dann einzelne Zitate aus Ritters Buch "Machtstaat und Utopie", die angeblich vom Interviewgeber dem Interviewer als Beweisstücke hierfür benannt worden sein sollen.

Der Historikerverband Deutschlands, vertreten durch seine Vorkonferenz, bezeichnet diese Stelle als Verunglimpfung "eines dem Interviewgeber im Wege Stehenden" (gemeint ist Professor Gerhard Ritter) und drückt seine Verachtung einer solchen Kampfweise gegenüber aus.

Hierzu ist nur zu bemerken, daß es wohl Pflicht des Historikerverbandes gewesen wäre, zunächst zu prüfen, ob diese zugespitzten Formulierungen, wie sie dem Interviewgeber in den Mund gelegt wurden, von diesem auch tatsächlich gebraucht wurden, was in Wirklichkeit nicht der Fall war. Doch darum geht es hier eigentlich nicht.

Wesentlich entscheidender ist vielmehr die Tatsache, daß sich der Vorstand des Historikerverbandes ausdrücklich hinter die von Ritter eingeschlagene Richtung in der Beurteilung der deutschen Geschichte stellt, wenn es in dem genannten Briefe heißt: "Wir müssen uns aber auch der Sache wegen auf das Bestimmteste gegen jeden Versuch politischer Abschwärzung wenden. Denn indem er den Mann angreift, den die Historiker Deutschlands mit ihrem Vertrauen betraut haben, trifft er auch die wissenschaftliche Richtung, für welche wir uns im Bewußtsein der von uns mitgetragenen Verantwortung für die Bearbeitung der jüngsten Zeitgeschichte in der genannten Entschließung, besonders Punkt 4, aus vollster Überzeugung eingesetzt haben."

Wenn führende Vertreter der deutschen Historikerschaft sich mit dem Geschichtsbild von Gerhard Ritter identifizieren und damit verlangen, daß auch die Erforschung des Nationalsozialismus unter eben diese Kategorien gestellt werden soll, dann erscheint es höchste Zeit, dieses Geschichtsbild einer kritischen Würdigung zu unterziehen, ehe eine Festlegung der Forschung im Rahmen des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus in dieser Richtung erfolgt.

Wie notwendig im übrigen eine kritische Würdigung dieses Geschichtsbildes ist, wie gefährlich eine vorzeitige Festlegung wäre, zeigen die besorgten Stimmen, die auch im Ausland hierzu laut geworden sind. Als Beispiel hierfür sei nur der im übrigen als deutschfreundlich bekannte englische Historiker Barraclough zitiert, der sich in einer Zuschrift an die Times vom 14.4.50 mit äußerstem Nachdruck gegen das von Ritter vertretene Geschichtsbild wendet. (siehe Anlage). Unabsehbarer Schaden kann für die mühsam in Gang kommende deutsche Außenpolitik entstehen, wenn das Ausland den Eindruck erhalten sollte, das Deutsche Institut zur Erforschung der NS-Zeit verfolge das Ziel einer bewußten Rehabilitierung des deutschen Nationalismus!. Solange wir an einer doppelten Moral (Doppelpoligkeit im Sinne Gerhard Ritters) fest-

halten, werden wir unfähig sein, in der Tiefe jene Erneuerung zu vollziehen, die für die erfolgreiche Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkerfamilie eine unabdingbare Voraussetzung darstellt.

Nicht persönliche Feindschaft zu Gerhard Ritter, nicht der Wille zur Polemik, sondern ernste und schwere Besorgnisse haben den Unterzeichneten veranlaßt, diese Denkschrift nunmehr vorzulegen. Um jede persönliche Diskussion auszuschalten, hat der Unterzeichnete bereits seinen Rücktritt als Generalsekretär des Deutschen Instituts zur Erforschung der NS-Zeit angeboten. Damit möge der Raum freigegeben werden für eine wirklich ernste und sachliche Prüfung der Grundlagen geschichtlicher Arbeit, wie sie das Institut künftig zu leisten haben wird. Es wird sorgfältig zu erwägen sein, ob die von Gerhard Ritter entwickelten Kategorien tragfähig sind, das künftige deutsche Geschichtsbild im Rahmen des Deutschen Instituts zur Erforschung der NS-Zeit zu bestimmen und ob die von ihm empfohlenen Männer geeignet sind, im Geiste objektiver Wissenschaft, die nichts beschönigt und nichts verschweigt, dieses Institut zu führen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

Ihr sehr ergebener

*Gerhard Kroll*  
(Dr. Gerhard Kroll)

Generalsekretär.

der "TIMES" vom 14.4.50

The other point is Gerhard Ritter's article on Human Rights, which your reviewer singles out for praise - praise which contrasts oddly with the characterization of Ritter's writings in your issue of February last, as "Treitschke's tenets ... reshaped", "sophisticated, brought up to date and profusely garnished with Weltanschauung". For what is Ritter, in fact, setting out to do? To prove (put with a brutality which he would certainly deplore) that the ideas of Human Rights developed historically in England and France, and the liberal parliamentary democracy that went with them, are the historical source of "totalitarianism", and that the only way to check this western disease is a strong remedial dose of the GERMAN RECHTSSTAAT, i.e., of "constitutionalism" (in the German sense) à la William I and Bismarck. This sophisticated flankattack against the west was already launched in 1948 in Ritter's EUROPA UND DIE DEUTSCHE FRAGE, the coolest piece of propaganda yet to come from Germany; it will be faithfully dealt with by professor von Rantzau of Hamburg in a trenchant exposure of German post-war apologetics, which I have

Der andere Punkt ist Gerhard Ritters Aufsatz über Menschenrechte, den Ihr Rezensent lobend herausstellt, - ein Lob, das in merkwürdigem Gegensatz zu der Charakterisierung von Ritters Schriften in Ihrer Nummer vom letzten Februar steht, wie "Treitschkes Lehrsätze ... umgeformt", "verfälscht, modernisiert und überreich mit Weltanschauung ausgeschmückt". Was bezweckt Ritter in der Tat damit? Um zu beweisen (ausgesprochen mit einer Brutalität, die er sicher beklagen würde), daß die Ideen der Menschenrechte, die sich historisch in England und Frankreich entwickelt haben, und die liberale parlamentarische Demokratie, die mit ihnen ging, die historische Quelle des "totalitären Systems" sind und daß der einzige Weg, diese westliche Krankheit einzudämmen, eine starke Heildosis des deutschen Rechtsstaates ist, d.h. von "Konstitutionalismus" (im deutschen Sinne) à la Wilhelm I. und Bismarck. Dieser sophistisch ausgeführte Flankenangriff gegen den Westen wurde bereits im Jahre 1948 in Ritters EUROPA UND DIE DEUTSCHE FRAGE begonnen, das frechste Propagandastück, das je von Deutschland kam; es wird sorgfältig von Prof. v. Rantzau in Hamburg in einer scharfen Bloßlegung der deutschen Nachkriegs-Apologetik behandelt werden, die ich vor der Veröffentlichung zu lesen den Vorzug hatte und die ich bei dieser Gelegenheit englischen Lesern empfehle.

been privileged to read before publication, and which I take this opportunity of commending to English readers.

I have written with some reluctance and no desire to enter into controversy with your reviewer. The issue transcends such details, for the situation in the German universities is grave - far graver than is commonly realized. (One German in Oxford stated, perhaps with exaggeration, that open discussions such as we had there would be quite impossible in Germany to-day.) Every word and gesture on our part is watched intently for signs of weakening in the face of the growing nationalist propaganda - particularly when (as I am sure is the case with your reviewer) we weaken unknowingly and in good faith. The approving reception you have given to the "new" (in fact singularly old) HISTORISCHE ZEITSCHRIFT, if it is accepted as a final judgment from this side of the Channel, cannot but be a source of encouragement to all those in Germany who are still fighting, not of course for Hitler, but for the ideas and ideals of those who, from Hindenburg downwards, backed Hitler. Equally it will be a source of bewilderment and discouragement to

Ich habe dies mit einigen Widerstreben geschrieben und habe nicht den Wunsch, mit Ihrem Rezensenten in eine Kontroverse einzutreten. Derartige Einzelheiten überschreiten den Rahmen des Aufsatzes, denn die Lage an den deutschen Universitäten ist schwierig - weit schwieriger, als man es sich im allgemeinen klar macht. (Ein Deutscher in Oxford erklärte, vielleicht mit Übertreibung, daß offene Diskussionen, wie wir sie dort hatten, im heutigen Deutschland ganz unmöglich seien.) Jedes Wort und jede Geste unsererseits wird aufmerksam auf Zeichen des Schwachwerdens angesichts der wachsenden nationalistischen Propaganda beobachtet - besonders wenn wir (wie ich sicher bin, ist dies der Fall mit Ihrem Rezensenten) unwissentlich und guten Glaubens schwach werden. Die zustimmende Aufnahme, die Sie der "neuen", (tatsächlich besonders alten) Historischen Zeitschrift gegeben haben, kann nur, wenn sie als endgültiges Urteil von diesseits des Kanals angenommen wird, eine Quelle der Ermutigung für alle diejenigen in Deutschland sein, die noch kämpfen, zwar nicht für Hitler aber für die Ideen und Ideale derjenigen, die von Hindenburg angefangen Hitler unterstützt haben. Ebenso wird es eine Quelle der Beunruhigung

those few in the German universities to-day, who still are genuinely concerned to bring to life in Germany (what does not yet exist) a sense of democracy in the sense in which that word has been historically understood in England and France. They are a small, select and bitterly hardpressed group; but a good deal depends upon our understanding of the issues in which they (and we) are involved.

G. BARRACLOUGH.

und Entmutigung für die wenigen auf den heutigen deutschen Universitäten sein, die sich noch aufrichtig bemühen, ein Gefühl der Demokratie (das noch nicht besteht) in Deutschland ins Leben zu rufen in dem Sinne, in dem dieses Wort in England und Frankreich historisch verstanden worden ist. Es ist eine kleine, auserlesene und schwer bedrängte Gruppe; aber sehr viel hängt von unserem Verständnis für die Fragen ab, mit denen sie (und wir) beschäftigt sind.

Zur Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes.

---

---

Denkschrift des Deutschen Instituts zur Erforschung  
der nationalsozialistischen Zeit zum Schrifttum von  
Gerhard Ritter.

Gerhard Ritter nennt in seiner Schrift "Geschichte als Bildungsmacht" (1946. 2.A.1947. S.28) die kritische Auseinandersetzung mit dem Hitlerium den "vordringlichsten Gegenstand historisch-politischer <sup>B</sup>Gesinnung". Er hebt auch ausdrücklich hervor, daß man die Forschungen keineswegs bloß auf die nationalsozialistische Zeit im engeren Sinne beschränken dürfte. "Vielleicht ist es gar nicht so wichtig, wie man glaubt, ob wir heute schon alle Einzelheiten des Hitlerschen Schreckensregimentes aus zuverlässig objektiver Quellendeutung kennen lernen oder nicht; denn was wir selbst davon erlebten und heute davon hören, genügt durchaus, um das Nazitum moralisch zu vernichten. Viel dringlicher für die politische Erziehung unseres Volkes scheint mir jetzt die Einordnung des Geschehenen in den Gesamtzusammenhang deutscher und europäisch universaler Geschichte. Hier liegen die eigentlich entscheidenden Probleme; hier muß der Historiker zeigen, ob er selber etwas aus der Geschichte zu lernen versteht, und ob er klare Begriffe, feste Maßstäbe des politischen und sittlichen Urteils besitzt, um Größe und Verfall der Staaten, Wert oder Unwert politischer Erscheinungen daran zu messen." (a.a.O. S. 30 f.)

Ritter beschäftigt sich in der gleichen Schrift mit der Frage, ob überhaupt die Schaffung einer nationalen Großmacht im 19. Jahrhundert ein wünschenswertes Ziel deutscher Politik und ein für Europa segensreiches Ereignis gewesen sei, oder ob man dies ein verhängnisvolles Ergebnis unserer Geschichte nennen müsse. Er behandelt dabei die Unterfrage, ob man die wahnsinnige Eroberungspolitik Hitlers als die zwangsläufige Folge der preußischen Traditionen ansehen könne. Diese Unterfrage verneint er und es ist ihm insofern recht zu geben als er darauf aufmerksam macht, daß der Nazigeist mit den lobenswerten Seiten altpreußischen Wesens (nüchterne Besonnenheit, Selbstzucht, Pflichterfüllung) nichts gemein hatte: so wenig, daß man hätte erwarten dürfen, daß die Trägerin der preußischen Tradition, die Wehrmacht, den Willen hätte finden müssen, der Mißregierung Hitlers ein Ende zu machen, bevor sie die Katastrophe heraufbeschwören konnte. Es ist richtig, wenn Ritter darauf hinweist, daß drei andere Faktoren stärker als das Preußen-

tum unmittelbare Vorstufen zu Hitler bedeuten, nämlich :

- 1.) Der Nationalismus der Freiheitskriege mit seinem abgründigen Franzosenhaß, der zu seiner Zeit in recht starkem Gegensatz zum Altpreußentum stand,
- 2.) das deutschnationale Österreichertum, das mit ebensolchem Haß und vor allem mit noch schlimmerem Dünkel gegen das Slaventum erfüllt war, und auf dessen Boden die Lehre, daß die Ostvölker die geborenen Knechte des deutschen Herrenvolkes seien, großgezogen worden ist,
- 3.) der Kolonial- und Flottenenthusiasmus, an dem Bismarck kaum Schuld trägt, der aber dann unter Wilhelm II. gepflegt worden ist. Hier in erster Linie hat sich der Haß gegen die Engländer verbreitet.

Aus diesen Voraussetzungen entstand das Alldeutschtum, dessen Gefährlichkeit die zünftige deutsche Historikerschaft zu wenig beachtet hat.

Bei Ritter dienen diese Feststellungen dazu, die Politik Bismarcks zu entlasten. Bismarck ist der Schöpfer des deutschen Machtstaates. Nach jenen Feststellungen kann Ritter die Frage, ob die Gründung dieses Machtstaates überhaupt wünschenswert gewesen sei, verhältnismäßig leicht dahin beantworten, daß sie eigentlich müßig sei. Denn es sei schließlich undenkbar, daß sich Deutschland aus der allgemeinen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts, die sich bei allen Völkern durchzusetzen strebte, hätte heraushalten können.

Aber es ergibt sich die andere Frage, ob nicht die Art der Aufrichtung unseres Nationalstaates, die Mittel, deren sich Bismarcks Politik bediente, unüberwindlichen Schaden angerichtet haben. Auch Ritter entzieht sich dieser Frage nicht : "Ob etwa das Unheil der Weltkriegsepoche schon damit begründet wurde, daß nicht die demokratische Volksbewegung von 1848 das neue deutsche Reich geschaffen hat, sondern der preußische Militär- und Obrigkeitsstaat, und nicht durch freiwilligen Zusammenschluß aller Stämme und Territorien, sondern durch kriegerische Eroberung der Vormacht, durch einen halb erzwungenen Bund der Dynastien, der Höfe ?" (S.63) Diese Frage läßt sich nicht leichten Kaufes abtun. Auch Ritter nimmt sie ernst und antwortet: "Hier öffnet sich in der Tat ein weites Feld historischer Diskussion. Sie kreist um die Person und das Werk Bismarcks. -- Hier steckt das Kernproblem; an dieser mächtigen Gestalt scheiden sich die Geister, und an ihrer Beurteilung hängt zuletzt alles, was die Historie an politischer Belehrung für unsere Zeit zu bieten hat." (S.63) Wenn also die Stellungnahme zu Bismarck so fundamental ist, dann müssen wir auch Ritters Einstellung hierzu genau kennen lernen. Er macht der bisher üblichen deutschen Geschichtsschreibung den Vorwurf, daß sie ein

daß sie ein falsches Bismarckbild entworfen habe, nämlich das einseitig kämpferisch-nationalistische Bild des "Eisernen Kanzlers", des Mannes von "Blut und Eisen" und damit eines zynischen Machiavellisten. Das schwere Unheil, das damit in der öffentlichen Meinung und in der Wissenschaft des Auslandes angerichtet worden ist, das müsse nun behoben werden. "Was uns anzieht", sagt Ritter, "ist ein anderer Bismarck als der des Klischeebildes : es ist nicht der Mann des brutalen Willens, der eisernen Faust, sondern der staatsmännischen Weisheit, der eiskalten überlegenen politischen Intelligenz; nicht der rücksichtslos wilde Kämpfer, sondern der nüchtern besonnene Staatslenker, Meister der europäischen Diplomatie, Schöpfer dauerhafter Ordnungen. Es ist der Diplomat voll unvergleichlicher Weltkenntnis, der um seine europäische Verantwortlichkeit weiß, der zwar den Krieg nicht unbedingt scheut, aber nur als die ultima ratio regum zu entfesseln wagt, d.h. nur dann, wenn er einen Konflikt echter Lebensinteressen vor sich zu haben glaubt, der durch kein Mittel friedlichen Ausgleichs mehr aus der Welt geschafft werden kann, und der ihn vor allem zu bändigen weiß im Stil der alten Kabinettspolitiker, weil er schon mitten im Kampf an die Notwendigkeit denkt, nachher eine friedliche Dauerordnung neu aufzurichten". (Gesch. als Bildungsmacht, S. 65).

Bei einem Vergleich mit Hitler ergibt sich für Ritter leicht der Schluß, daß man gar nicht daran denken könne, den geborenen Staatsmann Bismarck mit dem Erzdilettanten aus Braunau zu vergleichen, und daß man Bismarcks gewaltsame Methoden bei der Neugestaltung Deutschlands keineswegs als Vorstufe der nationalsozialistischen Räuberpolitik betrachten dürfe. So einfach darf man aber doch wohl nicht verfahren. Auch Bismarcks Politik von 1866 gegen den Herzog von Augustenburg, den König von Hannover, die freie Stadt Frankfurt und den Deutschen Bund überhaupt ist von den Legitimisten und Föderalisten als "Räuberpolitik" empfunden worden. Hitler war gewiß, mit Jakob Burckhardt zu sprechen, ein "schrecklicher Vereinfacher" und Vergröberer, aber daß er sich in seiner absoluten Rücksichtslosigkeit bei der Vertretung "nationaler Lebensinteressen" auch auf Bismarck berufen konnte, ist doch gar nicht von der Hand zu weisen. Es ist nicht unbedenklich, wenn Ritter die "eiskalte" politische Intelligenz bei Bismarck bewundert und dabei eine Vokabel gebraucht, die auch Hitler mit Vorliebe verwendete.

Hier zeigt sich ganz deutlich, was Ritter ja auch selbst weiß, daß es für die Beurteilung der nationalsozialistischen Po-

Ritik nicht gleichgültig ist, ob man ein Bismarckbewunderer ist oder nicht. Die Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer wird nicht den gleichen Verlauf nehmen, wenn sie von Gerhard Ritter vorgenommen wird oder einem Historiker, der über Bismarcks Politik zu einem anderen Urteil gelangt als er. Ähnliches gilt für die Beurteilung der Politik Friedrichs des Großen. Man kann die Qualitätsunterschiede zwischen Bismarck und Friedrich einerseits, Hitler andererseits mit voller Schärfe sehen und so stark wie möglich betonen, und doch der Meinung sein, daß Hitler einiges Recht hatte, sich auf jene Vorgänger zu berufen. Übrigens spielte nur die Fridericuslegende bei Hitler und Goebbels eine große Rolle. Bismarck haben sie lieber im Hintergrund gelassen.

Ritter betont überall in seinen neueren Schriften seit dem Erscheinen des Buches "Machtstaat und Utopie" von 1940, das einem Vergleich des Staatsdenkens von Machiavelli und Thomas Morus gewidmet ist, die "Doppelpoligkeit" des Politischen zwischen den beiden Aufgaben der "Machthaltung" und der "Friedensordnung", der Selbstbehauptung der Staaten und Staatsmänner und ihrer Selbsteinfügung in eine höhere Ordnung. Er beurteilt Bismarck als einen der größten Meister in der Beherrschung dieser Doppelpoligkeit. In der Vorrede, die Ritter 1947 der fünften Auflage seines Buches mitgab, das jetzt unter dem Titel "Die Dämonie der Macht" erschien, und die in der sechsten Auflage von 1948 wiederholt wird, beschreibt er den eigenen Standpunkt folgendermaßen: "Das Ideal der Staatsmannschaft, das mit vorschwebt, ist ein zwar kampfbereiter, aber von der sittlichen Vernunft gelenkter Machtgebrauch d.h. eine Politik, die als höchstes und eigentliches Ziel eine vernünftige, nach sittlichen Grundsätzen geordnete und darum dauerhafte Gemeinschaftsordnung anstrebt, die sich aber der Verstrickung alles menschlichen Daseins in rational unauflösbare Interessengegensätze und der sittlichen Unzulänglichkeit des Menschenwesens (einer Folge unserer rätselhaften Doppelnatur) nüchtern und ohne Illusion bewußt ist." (Däm.d.Macht S. 9) Die Synthese zwischen Machiavellismus und Moralismus in der Politik, die Ritter für erstrebenswert hält, läßt sich nicht gut formulieren, aber man kann sie an Beispielen "wahrhaft bedeutender praktischer Staatsmannschaft" anschaulich machen. Die besten Beispiele erblickt Ritter in Bismarck und Friedrich dem Großen.

Als Anhang zur dritten Auflage von "Machtstaat und Utopie", die 1943 erschien, fügte Ritter die Abhandlung "Vom Doppelsinn des Politischen" bei, die sich mit einem Aufsatz gleichen Titels

in der "Deutschen Rundschau" vom Januar 1942 berührt. Darin kündigte er eine neue Schrift an: "Machtkampf und Friedensordnung", worin er "Wandlungen im Verhältnis von Staats- und Heerführung in Deutschland seit Friedrich dem Großen" darstellen wollte. Diese Publikation ist aber nicht erfolgt. Wir lesen nur den Hinweis: "Es wird eine der Aufgaben meines neuen Buches sein, diese "höchste Stufe echter Staatsmannschaft" an historischen Beispielen, vorzugsweise an Friedrich II. und der Außenpolitik Bismarcks näher zu erläutern und anschaulich zu machen". (Machtst.u. Ut., 3.A. S.182)

Dieses Zitat hat in der Neubearbeitung unter dem Titel "Die Dämonie der Macht" im 5. Kapitel auf S. 171 folgende Fassung erhalten: "Es ist aber eine der wichtigsten und dankbarsten Aufgaben des Historikers, diese "höchste Stufe echter Staatsmannschaft" an historischen Beispielen näher zu erläutern und anschaulich zu machen." Namen werden nicht mehr genannt. Ritter verschweigt also hier, daß er Friedrich den Großen und Bismarck für Beispiele höchster Staatsmannschaft hält.

Dieses Schweigen ist zu bedauern, weil es das Fundament, auf das Ritter sich stellen will, verdunkelt. Wenn sich schon die Synthese zwischen Machiavellismus und Moralismus in der Politik, für die er eintritt, rational nicht definieren läßt, sondern anschaulich gemacht werden muß, dann darf man nicht darauf verzichten, die Beispiele zu nennen, die sie anschaulich machen können. Einige Seiten weiter im Text der "Dämonie der Macht" verzeichnet Ritter noch folgende Züge im Bild des idealen Staatsmannes: "Er muß die größten Gegensätze in sich vereinen: leidenschaftlich sein und doch besonnen, ganz erfüllt vom Glauben an seine Sendung und dennoch ihrer Grenzen sich bewußt; er muß sich verstocken können gegen seine Feinde und doch zuletzt zur Aussöhnung, wo sie vernünftigerweise möglich ist, sich bereit halten. -- Je nach dem Gesamthabitus der staatsmännischen Persönlichkeit und je nach dem politischen Bedürfnis seiner Zeit und seiner Umwelt wird die Entscheidung entweder mehr im Sinne des kämpferischen oder mehr des ordnungstiftenden Elements ausfallen. Nur das eine läßt sich allgemein sagen, daß eine monumentale, wirklich dauerhafte geschichtliche Leistung nur da erreicht wird, wo beide Aufgaben ganz ernst genommen werden, d.h. wo schöpferische kampfbereite Energie sich in den Dienst einer gesunden Rechts- und Friedensordnung stellt und eben in diesem Dienst das kämpferische Element zu beschränken sich bemüht."

(Däm.d.Macht.S. 174 f.) In den nächsten Sätzen charakterisiert Ritter Napoleon als einseitigen Aktivisten, Metternich als ebenso

einseitigen Staatsmann des reinen Beharrens. Beide also sind keine Beispiele für die "höchste Staatsmannschaft". Da sie aber beide ausdrücklich genannt werden, läge es umso näher, auch diejenigen zu nennen, die nun wirklich dem Ideal am nächsten kommen. Aber Friedrich der Große und Bismarck werden hier wieder mit Schweigen übergangen. Es heißt nur ausweichend: "Aber ideale Vorbilder gibt es überhaupt sehr wenig - in der Politik wohl noch weniger als sonst im Leben." (S.175)

Durch die offenkundig absichtliche Verschweigung bekommt das Buch "Die Dämonie der Macht" leider den Charakter einer gewissen Zweideutigkeit. Nach Ritters eigener Aussage war der ursprüngliche Titel "Machtstaat und Utopie" eine Tarnung, die unter dem Hitlerregime im Jahre 1940 unentbehrlich war. Es sei in der Tat gelungen, das Propagandaministerium irrezuführen, als ob es die Meinung des Verfassers wäre, daß alle Politik, die nicht brutale Machtpolitik wäre, utopisch sei. Der Inhalt des Buches sei von den Gegnern Hitlers in Deutschland trotzdem richtig verstanden worden. Nur im Ausland habe man den Verfasser für einen Machiavellisten gehalten. Wenn nun Ritter also hofft, unter dem neuen Titel "Die Dämonie der Macht" eindeutiger verstanden zu werden, so ist umso mehr zu bedauern, daß durch die Unterdrückung seines Bekenntnisses zur Politik Bismarcks und Friedrichs des Großen eine neue Zweideutigkeit entstanden ist. Ritter weiß und hat es in seiner Schrift "Geschichte als Bildungsmacht" ausgesprochen, daß die Beurteilung Bismarcks entscheidend sein wird für den Geist, in dem die deutsche Geschichtsauffassung erneuert werden wird. Gerade darum ist es zu bedauern, daß Ritter auch in der "Dämonie der Macht" wieder eine gewisse Tarnung angewandt hat, die freilich einen anderen Sinn hat als einst die Tarnung in "Machtstaat und Utopie".

Das Motiv zu diesem Verfahren wird man wohl mit Recht einer Stelle aus "Geschichte als Bildungsmacht" entnehmen dürfen, wo Ritter befürchtet, daß es nicht mehr im freien Willen der deutschen Historiker stehe, welches Bild sie sich von der ferneren und näheren deutschen Vergangenheit machen wollen, weil "die öffentliche Meinung der Welt" darüber entschieden habe, und von uns erwarte, "daß wir es hinnehmen und mit unserer Hinnahme unseren guten Willen beweisen." (S.30) Wenn aber der deutsche Historiker, fährt Ritter fort, sich jene Weltmeinung zu eigen macht, dann werde ihm wahrscheinlich die eigene Nation nicht glauben. Wenn er es dagegen nicht tue: "wieweit wird er die Freiheit haben, seine abweichenden Ansichten öffentlich auszusprechen?"

Im Gegensatz zu Ritters Befürchtungen wird der deutsche Historiker diese Freiheit haben, und es ist dringend notwendig, daß er von ihr Gebrauch macht. Der deutsche Historiker wird nicht gehindert sein, die Vorzüge der friderizianischen und der bismarckischen Politik in helles Licht zu stellen, wenn sie sich wissenschaftlich belegen lassen. Ob sie ausreichen, gerade diese beiden preußischen Helden als Musterbilder höchster Staatsmannschaft hinzustellen, ist allerdings die Frage, die noch in anderer Weise untersucht werden muß, als es von Ritter geschehen oder in Zukunft weiterhin zu erwarten ist.

Im 2. Kapitel seines neuerdings erschienenen Buches "Europa und die deutsche Frage" (München 1948) geht Ritter thematisch auf das "Preußentum" ein. Er führt aus, daß es zur gerechten Würdigung der preußischen Politik und des preußischen Staatsdenkens notwendig sei, von der geopolitischen Lage Preußens auszugehen. Das Buch von der "Dämonie der Macht" dient dem Nachweis, daß es zwei geopolitisch bedingte, grundsätzlich zu unterscheidende Methoden europäischer Politik gäbe: die "seestaatlich - insulare", von der aus man die historische Politik Englands und auch Hollands verstehen müsse, und die "kontinentale", zu der die großen Machtstaaten des europäischen Festlands gezwungen waren. Ritter nennt den "natürlichen Gegensatz" zwischen den beiden Methoden eine der "fundamentalen Tatsachen der neueren Geschichte", die "das gegenseitige Verständnis der Völker unendlich erschwert" habe. Man kann nicht umhin, meint Ritter, der Staatslehre Machiavellis einen hohen Wahrheitsgehalt zuzugestehen, wenn man berücksichtigt, unter welchen Bedingungen in kontinentalen Europa die Staaten sich behaupten und wenn sie dazu Anlaß hatten, sich vergrößern mußten. Man wird ihrer Lage nicht gerecht, wenn man, wie die englischen und amerikanischen Historiker zu tun pflegen, von ihnen ein Verhalten verlangt, wie es lediglich der "insularen" Methode der Politik angemessen ist. Die "insulare" Politik ist ebenso Interessenpolitik wie die "kontinentale" Machtpolitik. In der "Dämonie der Macht" bemüht sich Ritter, dies an der "Utopie" des Thomas Morus nachzuweisen. Die moralischen Grundsätze, die dort für die Politik proklamiert werden, verschleiern nur die Dämonie der Macht, die auch dort zu erkennen ist. Man hat es leicht, die Augen vor ihr zu schließen, wenn man vor fremden Eroberern sicher auf einer Insel sitzt.

Die "kontinentale" Staatsauffassung dagegen steht immer unter Druck. Hier hat Machiavelli ganz einfach die Wahrheit erkannt und ausgesprochen, daß im Machtkampf der konkurrierenden Festlands-

staaten der Staatsmann unter Umständen moralische Grundsätze hintersetzen muß, wenn er sich selbst behaupten will. Er steht im Gedränge der Machtinteressen der Nationen. In hohem Maße galt das für Friedrich den Großen. Es ist nicht ganz eindeutig zu erkennen, wie weit Ritter die Anfänge der Kriegspolitik des Königs, den Überfall auf Schlesien im Jahre 1740 verteidigen will. Er nennt ihn zwar ein "Abenteuer", aber doch das Abenteuer eines klugen Rationalisten, der auf die Auswirkung großmächtlicher Interessengegensätze rechnen konnte, nicht das Wagnis eines gewissenlosen Hasardspielers (Europa u.ä.d.t. Frage S.27). Kann es damit gelingen, ein unbefangenes Urteil davon zu überzeugen, daß darin kein böses Beispiel für Hitler gelten hätte? Die Schuld Friedrich II. von 1740 zu bagatellisieren, darf heute nicht die Aufgabe deutscher Geschichtschreibung sein, sondern hier kommt es wirklich darauf an, das Volk zu belehren, daß "Erfolge" von der Art, wie der preußische Eroberer von 1740 einen heimbrachte, noch nach Jahrhunderten eine verhängnisvolle Wirkung haben können. Freilich steht fest, daß König Friedrich einen anderen Horizont hatte als Hitler und eher einzuhalten wußte im politischen Glückspiel. Aber damit war eben die Nachwirkung seines Beispiels nicht aufgehoben.

Unbefriedigend ist das Urteil, die friderizianische Politik sei nicht einseitig "militaristisch" gewesen, d.h. keine bloße kriegerische Eroberungspolitik (a.a.O. S. 28). Ritter arbeitet mit einem durchaus unzulänglichen Begriff von "Militarismus". In der "Dämonie der Macht" (S.148) definiert er den Militarismus als "Vorrang militärtechnischer von politisch-moralischen Erwägungen". Militarismus bedeutet aber in Wirklichkeit die gesellschaftliche Vorherrschaft des Uniformträgers, besonders des Offiziers, über alle Zivilisten. Ritter selbst schildert in seinem Europabuch (S.30) höchst zutreffend die besondere gesellschaftliche Struktur des friderizianischen Preußen, um deretwillen man diesen Staat militaristisch nennen muß: "An den sozialen Verhältnissen seines Landes, an dem einseitigen Übergewicht der Adelsklasse und der Großgrundbesitzer hat er (König Friedrich) nichts geändert, ja die Machtstellung des Adels durch seine Schonung adeliger Rittergüter und durch seine betonte Bevorzugung adeliger Anwärter in Armee und Verwaltung noch verstärkt. Zur altpreußischen friderizianischen Tradition gehört die Vorzugsstellung der Junkerklasse und die Geringschätzung der bürgerlichen "Canaille", des "Zivilisten", im Vergleich mit dem Militärstand wesensnotwendig hinzu." Dieser Satz umschreibt genau, was Militarismus ist. Aber Ritter

müßte nun auch seine Definition darauf gründen und dürfte nicht die "Eroberungspolitik" oder "das militärtechnische Denken" für das Wesen der Sache ausgeben, die doch in Wirklichkeit nur Symptome sind.

Auf S. 39 seines Europabuches bemerkt Ritter, daß auch die allgemeine Wehrpflicht dazu beigetragen habe, "dem militärischen Element ein allzu starkes Übergewicht im Leben der Nation, sowohl in allen Formen des gesellschaftlichen Daseins wie im politischen Denken" zu geben. Die allgemeine Wehrpflicht aber, fügt er hinzu, sei ja keine preussische Erfindung, sondern eine Frucht der französischen Revolution. Das läuft auf die Feststellung hinaus, daß auch andere Völker anfällig für den Militarismus seien. Das ist natürlich nicht von vorneherein ausgeschlossen, aber zu prüfen wäre die Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht auf das französische Volk ebenso militaristisch gewirkt habe wie auf das deutsche. In Deutschland hat die allgemeine Wehrpflicht zweifellos deshalb den Militarismus verstärkt, weil er im sozialen Gefüge der Nation schon sehr mächtig war.

Die Stellung des Militärs im sozialen Gefüge war verhängnisvoll. Diese Einsicht wird von Ritter bei der Beurteilung der historisch-politischen Gesamtleistung sowohl Friedrichs des Großen wie Bismarcks zu wenig berücksichtigt. Kann man dem Werk Bismarcks wirklich so uneingeschränkt das Lob "höchster Staatsmannschaft" zollen, wenn doch feststeht, daß Bismarck die Lebensdauer der von ihm geschaffenen politischen Ordnung vor allem deshalb nicht hat sichern können, weil er das Übergewicht des Militarismus nicht berechnen konnte, und was noch wichtiger ist, nicht berechnen wollte? Ritter unterstreicht immer wieder, daß die Krone der Staatsmannschaft denen gebühre, die auch im leidenschaftlichsten Kampf das höchste Ziel der Politik, eine dauernde Friedensordnung zu schaffen, nie aus dem Auge verlor. Er denkt dabei in erster Linie an Friedrich den Großen und Bismarck. Aber es ist ja gar nicht richtig, daß es ihnen gelungen wäre, eine dauernde Friedensordnung zu schaffen. Beide fanden am Ende ihres Lebens keine Nachfolger, die ihre Ordnung hätten erhalten können. Sowohl Friedrichs wie Bismarcks Staat ist genau zwanzig Jahre nach dem Tod der Schöpfer zusammengebrochen. Ritter selbst kommt gelegentlich auf den größten Mangel der Bismarck'schen Staatskonstruktion folgendermaßen zu sprechen: "Dazu kommt, daß es ihm nie gelungen ist, seine politische Autorität gegenüber den militärischen Kommandostellen, vor allem dem Generalstab, mit demselben eindeutigen

Erfolg durchzusetzen wie sonst im Staate. Daran hinderte ihn schon die Art seiner Berufung in das Ministeramt: die Tatsache, daß seine ganze Vertrauensstellung am Hofe des Preußenkönigs (und damit seine ganze Macht) an der rücksichtslosen Vertretung militärischer Geltungsansprüche hing, selbst gegen die eigene staatsmännische Überzeugung - eine Tatsache, die auch manche unglückseligen Übertreibungen des sogenannten Verfassungskonfliktes von 1862 bis 1866 erklärt. Die Generale behaupteten immer eine Immediatstellung neben ihm, und das Heer bildete eine Art von Staat im Staate. Im ersten Weltkrieg hat sich das dann wahrhaft verhängnisvoll ausgewirkt." (Geschichte als Bildungsmacht, S. 67 f.)

Die Immediatstellung der Generale ist der bezeichnendste Ausdruck für den Militarismus. Seine Vorherrschaft belastete den Staat mit einem Konstruktionsfehler, der ihm, auch nach Ritters Urteil, als die Existenzkrise kam, verhängnisvoll wurde. Es geht nicht an, die entscheidende Tatsache, daß Bismarck nicht in der Lage war, die Reichspolitik von dem gefährlichen Druck der militärischen Ansprüche zu befreien, bei der Klassifizierung seiner staatsmännischen Gesamtleistung nur nebenher zu berücksichtigen.

Im 3. Kapitel seines Europabuches wendet sich Ritter einem Gegensatz zwischen deutschem und französischem Staatsdenken zu, der durch die französische Revolution entstand. Während in Deutschland der Militär- und Beamtenstaat des absoluten Fürstentums bestehen blieb, nahm Frankreich einen Neubau nach rationalen Prinzipien vor, die dem in Holland, England und Amerika begründeten Naturrecht entnommen waren. Es ist nicht ganz klar, ob Ritter damit sagen will, daß Frankreich in das Lager des insularen Staatsdenkens überging. Da es gleich darnach eine umfassende Eroberungspolitik gemacht hat, kann er das hier nicht meinen. Also müßte man schließen, daß zu dem Gegensatz zwischen insularem und kontinentalem Staatsdenken innerhalb des Letzten ein neuer Gegensatz zwischen französischem und deutschem Staatsdenken sich aufgetan habe. Das wäre aber ein Beweis dafür, daß der Fundamenteinteilung in "insular" und "kontinental" nur eine begrenzte Bedeutung zukomme.

Ritter erblickt nun nicht im deutschen Militär- und Beamtenstaat, sondern eher im Staat der französischen Revolution einen Vorläufer des Hitleriums. "Mit der Umwandlung des alten Obrigkeitsstaates zum demokratischen Volksstaat und mit der Verdrängung der Kirchen aus dem Mittelpunkt des Lebens war grundätzlich der Weg zum modernen Totalstaat eröffnet." (Eur.u.d.dt.Frage, S. 43). Das geschah zugleich die Erscheinung Napoleons. Von Rousseau sagt Rit-

ter : "Alle wesentlichen Erscheinungen des modernen Totalstaates ergeben sich aus der streng logischen Konsequenz seines Contrat social" (S. 45). Wenn Rousseau selbst wohl auch glaubte, durch seine egalitäre kollektivistische Demokratie die persönliche Freiheit zu sichern, so ist das eine "historische Merkwürdigkeit", hat aber für die praktische Wirkung seiner Ideen im Sinne des Totalitarismus keine Bedeutung. Der entscheidende Schritt bei Rousseau war allein, daß er den Einzelwillen im Gesamtwillen der Nation untergehen lassen wollte. Daraus ergibt sich die "Gleichschaltung", die man dann mit Hilfe eines "Mythos" oder mit Gewalt durchführen wird.

Nun ist gar kein Zweifel, daß es einen Zusammenhang der Gedanken Rousseaus über die Jakobiner, Baboeuf und die französischen Sozialisten bis zum Leninismus gibt. Aber gerade Hitler steht in diesen Zusammenhängen nicht. Er hat sich die totalitären Methoden der "Volksdemokratie" rein äußerlich angeeignet. Mit dem Geist Rousseaus hat er nichts zu schaffen. Aber auch Ritter wird diesem Geist nicht gerecht. Die große Entdeckung Rousseaus ist, daß die Freiheit in der Bindung dann nicht untergeht, wenn sie eine Herzensbindung ist. Das ~~Wort~~<sup>Wesen</sup> der "Volonté Générale" ist nicht die Gleichschaltung, sondern der Enthusiasmus für eine große gemeinsame Sache. Der Bürger, der diesen Enthusiasmus teilt und sich der gemeinsamen Sache unterordnet, fühlt keinen Widerspruch dieses Gehorsams zu seiner Freiheit. Daß Rousseau also an die Erhaltung der Freiheit in einer solchen Gemeinschaft glaubte, ist keine "Merkwürdigkeit", sondern eine wesentliche Einsicht in das Problem der Vereinigung von Autorität und Freiheit.

Die Frage nach den umfassenden und sicherlich sehr vielseitigen geschichtlichen Wirkungen Rousseaus wird von Ritter unter einem zu engen Gesichtswinkel angeschaut, nämlich hauptsächlich in der Absicht, nach Entlastung deutscher und nach Belastung nichtdeutscher Faktoren zu suchen. Der deutschen Geschichtswissenschaft sollte aber heute die gründliche Revision des Geschichtsdenkens mehr am Herzen liegen als das Streben nach Entlastung.

Zur Geschichte des "kontinentalen" Staatsdenkens in Frankreich liefert Ritter in der "Dämonie der Macht" (S. 120 - 130) selbst einen Beitrag, der den Wert der Grundthese vom Gegensatz zum insularen Denken noch weiter einschränkt. In Frankreich, sagt Ritter, konnte der Machiavellismus einst in der Bartholomäusnacht seinen ersten weltpolitischen Triumph feiern. Aber er stieß auf Gegenkräfte, z.B. bei den Hugenotten, aber auch auf katholischer Seite, etwa in

der Staatstheorie Bodins, der die Herrscherwillkür durch "die Gebote Gottes und der Natur" einschränkte. Auch Ludwig XIV. hat diese Schranke nicht grundsätzlich durchbrochen. Erst durch die große Revolution und besonders durch Napoleon wurden die Dämonen der Macht völlig entfesselt. Nach seinem Sturz und nach manchen weiteren schlimmen Erfahrungen im 19. Jahrhundert wurde aber das französische Volk skeptisch gegen die Machtpolitik, ja gegen den Staat überhaupt. Dadurch wurde französisches Denken - noch mehr als schon in der Revolution - fähig, sich englischem anzugleichen. "Die beiden westeuropäischen Großstaaten," stellt Ritter fest, (Däm.d.Macht S. 129) "wurden einander ähnlicher; westeuropäisches Denken wurde allmählich ein fester politischer Begriff." Der Franzose verzichtete immer mehr auf sein altererbtes kontinentales Hegemoniestreben und machte die "Sicherheit" Frankreichs zu seinem Ideal.

Mit alledem bezeugt Ritter im Grunde gegen sich selbst, daß die Lage auf dem Kontinent gar nicht als solche die Ursache des "kontinentalen" Staatsdenkens ist. Es geht auch anders. Frankreich konnte sich entschließen, sich "insularen" Idealen anzuschließen. Wenn es also in Deutschland nicht so kam, darf man die Ursache nicht darin suchen, daß die geographische Lage eine Art Zwang zu einer machiavellistischen Politik ausgeübt habe.

Als sich Deutschland seit 1894 der Gefahr eines Zweifrontenkrieges gegenüber sah, hätte es natürlich ganz andere Möglichkeiten gehabt, der Gefahr zu begegnen, als lediglich die Vorstellung zu pflegen, daß es im Konfliktfalle zuvorkommen und also vor seinen Gegnern losschlagen müsse. Zum Beispiel hätte Deutschland gerade deshalb die Aufrüstung zur See unterlassen und so vielleicht größeres Vertrauen in England gewinnen können. Oder es hätte durch echte Zugeständnisse an Frankreich den französisch-russischen Zweibund auflockern und für kriegerischen Gebrauch ungeeignet machen können. Wieviel hätte z.B. schon durch eine echte Versöhnungspolitik in Elsaß-Lothringen erreicht werden können! Nicht der Zwang der kontinentalen Mittellage, sondern die Vorherrschaft des Generalstabes - die Bismarck nicht hätte brechen können und wollen! - führte dazu, daß man der Gefahr des Zweifrontenkrieges nur den Entschluß des zuvorkommenden Angriffes auf den westlichen Gegner, ehe der östliche seine volle Kraft einsetzen konnte, gegenüberzustellen wußte. Um des strategischen Planes willen schlug man 1914 los, sobald Rußland zu mobilisieren begann, ohne das Ergebnis der englischen Vermittlungsaktion abzuwarten. Aus dem gleichen

Grunde nahm man das Odium auf sich, selbst den Krieg zu erklären, und das noch größere, die belgische Neutralität zu verletzen. Ritter selbst sagt, das politische Denken habe bei diesen Aktionen geradezu abgedankt. Rein militärtechnische Überlegungen blieben allein übrig. Solche Fehler der deutschen Politik kann man doch unmöglich aus einem "kontinentalen" Stil des Staatsdenkens erklären, sondern sie beweisen, daß eine Politik, die bloß auf "Machtballung" vertraut, in Bankrott gerät.

Aber Ritter führt die neue Zuspitzung der Lage nach dem ersten Weltkrieg, als sich die Völkerbundspolitik als ein Fehlschlag erwies, wieder auf den Gegensatz zwischen "insularem" und "kontinentalem" Denken zurück, der das Verständnis zwischen den Hauptmächten erschwerte. Er unterläßt nicht, darauf hinzuweisen, daß die Wiederanwendung des machiavellistischen Stils diesmal nicht von Deutschland, sondern von Mussolini ausgegangen sei. Vom Marsch auf Rom (1922) bis zur Eroberung Abessinien und zur Vernichtung der spanischen Republik gab es eine Kette von Erfolgen der faschistischen Methoden, durch die alle Verständigungs- und Völkerbundspolitik als reine Utopie erwiesen zu sein schien. Der Nationalsozialismus mußte sich dadurch lebhaft ermuntert fühlen. Im Gegensatz zu Italien, sagt Ritter, könne man auf deutschem Boden von einer bewußten Wiederbelebung der Gedanken Machiavellis wohl nicht sprechen. Das ist nur insofern zutreffend, als Hitler kaum Machiavelli gelesen haben wird, aber gemildert wird dadurch nichts. Und wenn Ritter ein wenig biedermännisch meint, dem kämpferischen Wesen des Nationalsozialismus sei der Zug politischer Schlaubeit abgegangen, der in der "Virtu" des Machiavelli nicht fehlt, - sie sei durch die preußisch-soldatische Tugend des Gehorsams und der "Einsatzbereitschaft" ersetzt worden - so muß entgegnet werden, daß bei Hitler gerade die lauernde Schlaubeit, die eine Chance sorgfältig wahrnimmt und rücksichtslos ausnützt, ganz gewiß nicht fehlt.

Ritter nimmt für das "kämpferische" Soldatentum in Anspruch, daß es eine echte Tugend sei, auch außerhalb der militärischen Sphäre, im öffentlichen Leben, in der Politik. Ehrgeiz hohen Ranges ist nach seiner Meinung im Gegensatz zum kleinen Ehrgeiz eine Tugend, weil er in echten Schöpfungsdränge seine Wurzel habe und im Dienst einer großen Sache stehe. Selbstbehauptung einer echten Persönlichkeit ist ebenso sittliche Pflicht wie Selbsthingabe an die Gemeinschaft. Wenn auch dahinter die Selbstvergötzung lauert, so ändert das nichts daran, daß Selbstbehauptung nicht als Ausdruck

bloßer Vitalität betrachtet werden könne, sondern auch Ausdruck einer Moralität sei. Daher hat das Politische, das als selbständiger, vom Ethischen unterschiedener Bereich aufgefaßt werden muß, nicht nur eine Natur- und Machtseite. Es geht nicht nur um Machtballung, sondern um Sicherung einer "Dauerordnung", wozu die Machtballung allerdings die einzige Chance schafft. Der Staat kann nicht Ordnung stiften, ohne Macht zu ballen.

Also die Einseitigkeit etwa Carl Schmitts, daß Politik nur Machtstreben und Freund-Feind-Verhältnis sei, wird von Ritter nicht mitgemacht. Aber er sieht die Frieden und Ordnung stiftende Potenz in der "großen" Persönlichkeit, deren Ehrgeiz eine Tugend ist, weil sie "schöpferisch" ist und ein Werk von Dauer hervorzubringen vermag. Diese Begriffe von der Persönlichkeit und ihrem schöpferischen Vermögen hat Kierkegaard mit Recht als ästhetische, nicht ethische Werte erkannt. Es war die Meinung des deutschen Idealismus (Schiller, Humboldt, in späterer Nachfolge auch Nietzsche), in solchen ästhetischen Werten nicht nur eine Ergänzung, sondern einen Ersatz für die als einseitig und unbefriedigend empfundenen moralischen Werte zu suchen. Das Ästhetische ist aber, um mit Kierkegaard zu reden, kein höheres "Stadium auf dem Lebenswege". Von dieser Kritik wird Ritters Versuch, den "höheren Ehrgeiz" zu einer sittlichen Pflicht zu machen, getroffen. Er bleibt doch höchstens ein Schönheitswert, wenn er sich nicht gar, nach Überschreitung der Grenze zur Selbstvergötzung, auch als solcher noch verzerrt. Im Grunde ist das Schöne vom Guten natürlich nicht getrennt, nur hat der Idealismus (und damit Ritter) den wirklichen Zusammenhang nicht gefunden.

Die wesentliche Frage ist, ob der vom Ehrgeiz eines einzelnen gestaltete Staat dauernde Friedensordnung zu stiften vermag. Die von Ritter als Vorbilder "höchster Staatsmannschaft" bevorzugten preußischen Helden Friedrich II. und Bismarck haben das jedenfalls nur zu Lebzeiten vermocht. Wirkliche Dauer war ihren Werken nicht beschieden.

Wenn Ritter vom Geheimnis "verantwortungsbewußten Handelns" spricht und "die ethischen Normen des Kämpfertums", auch wenn sie der "geselligen Moral" widerstreiten, wenigstens als Moral eines Ausnahmezustandes anerkannt wissen will, (Däm.d.Macht, S. 171, 173), so dürfte diese Lehre von einer Ausnahmeethik, die aber doch eine Ethik ist, nicht ohne den Einfluß von Max Weber zustande gekommen sein. In Max Webers Schrift "Politik als Beruf" (1919) werden drei Qualitäten als entscheidend für den Politiker bezeichnet: Leiden-

Schaft für eine Sache, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Das sind ganz ähnliche Eigenschaften, wie sie auch bei Ritter der wahre Staatsmann in sich vereinigen soll. Max Weber unterscheidet "Gesinnungsethik" und "Verantwortungsethik". Jene vertritt ihre Forderungen ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen, während diese sich verpflichtet fühlt, die voraussichtbaren Folgen zu bedenken. Solches Bedenken aber gehört vornehmlich zum "Politischen". "Keine Ethik der Welt", sagt Weber (S. 57) "kommt um die Tatsache herum, daß die Erreichung "guter" Zwecke in zahlreichen Fällen daran gebunden ist, daß man sittlich bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in den Kauf nimmt."

Man darf dabei nicht übersehen, daß Webers Meinung über Politik ziemlich stark an Machiavelli orientiert ist. Denn er sagt: "Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet", und er definiert: "Politik heißt Streben nach Machtanteil". Wer Politik treibt, erstrebt Macht - Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele - idealer oder egoistischer - oder Macht um ihrer selbst willen: um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen."

Man könnte meinen, daß Politik am Ende auch als Sicherung der Freiheit (des Einzelnen und des Gemeinwesens) betrieben werden könnte, und daß nicht so ausschließlich von Machtstreben die Rede sein sollte. Immerhin ist im Begriff der "Verantwortungsethik" ein wichtiger Gesichtspunkt angedeutet, den der Handelnde beachten muß. Daran denkt wohl auch Ritter, aber es ist doch besonders zu beachten, daß bei ihm aus dem Gesichtspunkt der Verantwortungsethik die Anerkennung einer besonderen "kämpferischen" Moralität hervorgeht, wenn auch nur für Krieg, Revolution und überhaupt "Ausnahmestände".

Hier aber beginnt die Utopie des "Realpolitikers", der vermeintlich für Utopie, z.B. des Thomas Morus, wenig übrig hat. Wenn Ritter verlangt, man müsse vor allem Krieg und Frieden wieder völkerrechtlich klar scheiden und den Kriegszustand deutlich als Ausnahmezustand kennzeichnen, so kann man nur sagen, daß dies angesichts der Totalisierung des modernen Krieges, die längst alle Unterscheidung zwischen militärischem, politischem und revolutionärem Handeln verwischt ~~verwischt~~ hat und selbst die Grenze zum Kriminellen schon kaum noch sieht, angesichts der Erfindung des "Kalten Krieges" und angesichts der Bereitstellung universaler Vernichtungswaffen wie der Atombomben, eine reine Illusion ist. Die Ausnahmemoral für den Ausnahmezustand wird entweder als einzige Richtschnur

alles politischen Handelns angenommen werden oder aber sich unter die Forderungen einer wirklichen Sittlichkeit wieder beugen müssen. Eine besondere Moral für den Kämpfer zu fordern und dabei zu denken, daß die allgemeine Moral ohne Schaden für "normale" Verhältnisse weitergelten könnte, das ist eine gefährliche Utopie. So etwas gibt es nicht.

Einem Abschnitt, den Ritter in der "Dämonie der Macht" eingefügt hat (S. 173 f.), und der im Anhang der Auflage von 1943 noch nicht vorhanden war, merkt man an, in welchen inneren Zwiespalt er durch die Erfahrung geriet, daß in der großen Politik leider nicht nur "Berufene", sondern auch sehr Unberufene, ausgesprochene Verbrecher auftreten können. Daß solch ein "schrecklicher Vereinfacher", wie Hitler gekommen ist, bei dem das machiavellistische Handeln ohne jede Beschönigung als Verbrechen erkannt werden muß, setzt die ganze These von einer Sondermoral des Kampfortums und der Tugend der "Einsatzbereitschaft" in arge Verlegenheit. Ritter bleibt nur übrig, zu hoffen, daß das Auftreten von Kriminellen und Irrsinnigen auf der Bühne hoher Politik eine große Seltenheit bleiben werde. Aber was berechtigt zu derartigen Hoffnungen? Auch das ist eine gefährliche Utopie.

Zum Utopismus gesellt sich der Unglaube an ein Naturrecht, das mehr ist als die wandelbaren Formen des positiven Rechts. Ritter möchte einen Zwang des Lebensbedürfnisses anerkannt wissen, einer bestehenden Ordnung zuwiderzuhandeln, weil positives Recht immer zeitbedingt und doch oft nur gewaltsam abzuändern sei. Daß sich das "Lebensbedürfnis" dann wenigstens vor dem Naturrecht, das nicht zeitbedingt ist, rechtfertigen sollte: davon ist nicht die Rede. Und was gar die eigentliche echte Sittlichkeit anlangt, die erst recht nicht zeitbedingt ist, mit welcher Legitimation soll sich das "Lebensbedürfnis" gegen sie auflehnen können?

Man sieht, daß Ritters Auffassungen zu Widersprüchen führen. Daraus erkennt man, daß es eben doch ein Irrtum ist, in Machiavelli den genialen Kopf zu bewundern, der allein dem Wesen der Politik auf den Grund gekommen, und den starken Geist, der allein gewagt habe, dem Gorgonenblick der Dämonie der Macht standzuhalten. Umgekehrt verlangt der Gedankengang einer so ausgezeichneten historischen Persönlichkeit wie Thomas Morus, wenn man ihm gerecht werden will, eine minder polemische Einstellung, als sie Ritter ihm entgegenbringt. Während Machiavelli mit Sympathie behandelt wird, merkt man an der ganzen Ausdrucksweise Ritters über Morus eine gewisse Abneigung. Da wird z.B. von der "Hilflosigkeit und Aussichts-

losigkeit" des Morus'schen Versuchs gesprochen, "eine Außenpolitik zu konstruieren, die ohne den Begriff der Macht und des Machtkampfes auskommt" (Däm.d.Macht S. 78) Dann ist die Rede von seinem "verquälten Bemühen, auch die Kriegführung, diese urtümlich viertelste Äußerung staatlichen Machtwillens in ein rationales System politischer Humanität hineinzupressen." Ritter glaubt in des Morus' Utopia-Schrift "unter einem dichten Schleier moralischer Ideologien" doch den Dämon der Machtpolitik zu erblicken, und er findet den Anblick minder anmutig als den "jenes harten, aber männlich klaren und aufrichtigen Bildes politischer Wirklichkeit, das Machiavelli uns vor Augen stellt." (S. 89).

Wenn am Anfang dieser Ausführungen Ritters eigene Worte zitiert wurden, daß wichtiger als die Erkenntnis der Einzelheiten des Hitlerschen Schreckensregimentes die Einordnung des Geschehenen in den Gesamtzusammenhang deutscher und europäisch-universaler Geschichte sei, so muß als Ergebnis unserer Analyse und Erwägungen leider gesagt werden, daß die Auffassungen Ritters in einer Reihe von wesentlichen Punkten nicht ausreichend erscheinen, um ein wahrhaft erneuertes Geschichtsbild, wie wir es für Wissenschaft und Volkserziehung nicht länger entbehren können, darauf zu begründen.

München, den 20. Juni 1950.

Sehr verehrter Herr Baethgen,

Ich möchte Ihnen ausser meinem amtlichen Monumentenbrief heute noch einen Privatbrief schreiben, den ich schon lange hinausgeschoben habe, weil er mir schwer fällt. Doch glaube ich, mir Ihr Vertrauen immerhin so weit erworben zu haben, dass ich meine Hemmung in der sicheren Erwartung überwinden kann, dass Sie meine Worte richtig verstehen und auf das Allervertraulichste behandeln.

Es handelt sich um den Historikerverband. Sie werden erfahren haben, dass gewisse Persönlichkeiten in der französischen Militärregierung dem Verbands und seiner Gründung, besonders aber Herrn Ritter, Schwierigkeiten machen. Diese Vexationen sind aus verschiedenen einfachen Gründen bedeutungslos. Der Verband wird in der in Aussicht genommenen Weise in München konstituiert werden. Der Verband wird auch den Rahmen bilden, in dem wir 1950 in Paris auftreten werden, wenn das überhaupt geschieht. Hier setzen nun meine Sorgen ein. Sie beziehen sich, kurz und offen gesagt, auf Ritters Person. Bei den unangenehmen Verhandlungen, die er in Baden-Baden führen musste, hat er zur Erleichterung der Situation seinen Rücktritt angeboten. Wir haben diesen selbstverständlich abgelehnt. Eine andere Frage wäre es, ob man Ritter nicht in einer geeigneten Form dazu brächte, in München auf seine Brstätigung zu verzichten. Sein Gegner in Baden-Baden hat einen Skandal angebrocht für den Fall, dass wir in Paris unter Ritters Führung erscheinen. Man kann, wie ich, die Gründe für diese Einstellung für falsch und verwerflich halten, man kann auch die Reden des betreffenden Herrn nicht zu hoch einschätzen wollen, man muss aber auf dem internationalen Parkett mit den Tatsachen rechnen. Solche Tatsachen sind aber, dass Ritter bei den Franzosen eine ausserordentlich schlechte Presse hat und dass er keine internationale Figur ist. Bei aller wissenschaftlichen Bedeutung und Ueberzeugungstreue hat er gerade die Umgangsformen nicht, die uns unsere sowieso schon schwere Stellung in Paris erleichtern, und er hat gerade die guten Eigenschaften eines Deutschen in einem Masse, das den Ausländern auf die Nerven geht. Dazu kommt, wie immer man die Speyerer Vorgänge beurteilen mag, dass in katholischen Kreisen viel Opposition gegen Ritter ist, und daß ich auch bei anderen Kollegen zwar nicht Opposition, aber eine gewisse Unlust gegenüber seiner Führung bemerke. So sehe ich auf die Dauer eine gewisse Gefahr der Spaltung.

Sie verstehen jetzt wohl, wie schwer mir dieser Brief wird. Ich verehere ihn sehr, habe nur Gutes von ihm erfahren und bin ihm zu vielfachem Dank verpflichtet. Er würde es nie verstehen, wenn er erführe, dass ich hinter seinem Rücken einen solchen Brief schreibe. Ich tue es nicht, um ihn abzuschiesen oder gar aus persönlichem Ehrgeiz, sondern nur aus Sorge um unsere Sache. Ich wünte im Augenblick niemand

10. November 1948

Herrn

Prof. Dr. Stadelmann,

T ü b i n g e n  
Engelfriedshalde 9

Sehr verehrter Herr Stadelmann!

In Beantwortung Ihres Briefes vom 26. Oktober möchte ich Ihnen mitteilen, dass auch ich inzwischen einen Brief von Herrn Carton erhalten habe, in dem er auf die Mitteilung von Herrn Coetz, dass Sie und ich die deutschen Historiker im Comité International des Sciences historiques vertreten sollen, für bit-  
tet mich gleichzeitig, wieder die Mitarbeit an der Internationalen Bibliographie zu übernehmen und kündigt mir die Übersendung einer "Note sur la situation actuelle du travail confié à la Commission/Bibliographie" an, die aber noch nicht eingetroffen ist. Auch an Herrn Wlendam habe er geschrieben, von dem ich aber direkt noch nichts gehört habe. Dass dieser die Unterlagen für die Bibliographie beschaffen kann, möchte ich doch für möglich halten.

Berng  
nimmt  
Lc

Inzwischen ist die ganze Frage nun auf einer gemeinsamen Sitzung aller hier bei den Tagungen der Zentralkommission der Monumenta Gerarchie und der Historischen Kommission anwesenden Historiker besprochen worden. Auf den Rat der beiden österreichischen Vertreter in der Zentralkommission, Santifaller und von Loehr, die kürzlich in Paris bei einer Tagung des Comité gewesen waren, haben wir uns bei dieser Gelegenheit als vorläufiger Verband der Historiker Deutschlands konstituiert und einen vorläufigen Vorstand gewählt, der aus Ritter, Aubin, Heimpel und Grundmann besteht. Der Verband hat dann die Wahl von uns beiden zu Vertretern im Comité International bestätigt und ich habe das Herrn Carton mitgeteilt. Das Protokoll der eben erwähnten gemeinsamen Sitzung geht Ihnen demnächst zu.

Im übrigen teile ich Ihre Auffassung, dass die Dinge nicht ganz einfach liegen und dass der zurückzulegende Weg nicht ohne Schwierigkeiten und Bitterkeiten sein wird; es entspricht das auch Informationen, die ich persönlich erhalten habe. Trotzdem glaube ich, dass es richtig war, die uns gebotene Hand zu ergreifen und nun einmal zuzusehen, wie die weitere Entwicklung sich gestaltet. Jedenfalls freue ich mich, dabei mit Ihnen zusammenarbeiten zu können.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

B.

Gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission am 12. Okt. 1948.

Am 12. 10. 48 von 15,25 bis 16,30 Uhr vereinigen sich die Mitglieder der ZD mit dem Ortsausschuss der Münchener Historischen Kommission zu einer gemeinsamen Sitzung unter dem Vorsitz von Goetz, um die Frage der deutschen Vertretung im Internationalen Historiker-Verband zu besprechen.

Auf eine Anfrage von Mr. Caron-Paris über Stadelmann-Tübingen hatte Goetz als deutsche Vertreter provisorisch Baethgen (der bis 1939 Redaktionsmitglied der Internationalen Bibliographie war, deren letzter Band noch im Krieg 1941 erschien) und Stadelmann benannt. Die Internat. Bibliographie soll nach Carons Mitteilung mit 1946 einsetzend weitergeführt werden; Baethgen wünscht daran wieder beteiligt zu sein.

Ritter-Freiburg berichtet über Carons Besuch in Tübingen im Auftrag einer Kommission zur Förderung der wissenschaftlich-literarischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland; er weist darauf hin, dass sich der Internat. Historikerverband auch die Prüfung der Geschichtslehrbücher zur Aufgabe gemacht hat und dass die bibliographische Lücke für die Kriegszeit durch das FIAT-Unternehmen (Revue des sciences humaines) ausgefüllt werden soll, deren 'chief editor' für die Sparte Geschichte Ritter ist.

v. Loehr berichtet über die Pariser Generalversammlung des Internationalen Historiker-Verbandes im April 1948, an der unter 18 Staaten auch Österreich teilnahm, nicht dagegen die Sowjetunion, Griechenland, der Vatikan und Deutschland. Die Neuorganisation des Verbandes stehe auf schmaler finanzieller Grundlage, da Amerika zurückhaltend ist. Deshalb sollen zunächst nur die wichtigsten Kommissionen (für Bibliographie, Publikationen, Druck der Diplomatenlisten) die Arbeit aufnehmen, andere erst, wenn 5 Mitglieder einen begründeten Antrag und Arbeitsplan vorlegen. Für 1950 ist ein Kongress in Paris geplant. Erst dieser Kongress könne Deutschlands Wiederaufnahme beschliessen, wenn auch schon vorher der Aufnahme von Beziehungen zu deutschen Historikern nichts im Wege stehe. Die Unesco will mit dem Internat. Historiker-Verband zusammenarbeiten; ihre finanziellen Möglichkeiten (nach denen Ritter fragt) sind jedoch beschränkt.

Grundmann betont auf Grund seiner Aussprache mit schwedischen Historikern, dass Deutschland von der aktiven Teilnahme am Pariser Historiker-Kongress 1950 nicht ausgeschlossen bleiben dürfe, wenn es sich schon jetzt dem Internat. Historiker-Verband wieder anschliessen und Delegierte benennen soll.

Voraussetzung ist die Neugründung des deutschen Historiker-Verbandes - oder (nach Vorschlag Aubins, um die Nichtzugehörigkeit der österreichischen Historiker deutlich zu machen, die einen selbständigen Verband bilden) des "Verbandes der Historiker Deutschlands". Sie wird nach einer Abstimmung über den provisorischen Vorstand durch folgenden einstimmigen Beschluss vollzogen:

"Die aus Anlass der gemeinsamen Tagung der Zentralkommission der Monumenta Germaniae Historica und der Münchener Historischen Kommission am 12. 10. 1948 in München versammelten Historiker gründen den Verband der Historiker Deutschlands. Er übernimmt die Aufgaben des ehemaligen Verbandes deutscher Historiker. Sitz des Verbandes ist der Wohnort des 1. Vorsitzenden.

Als Vorstand werden bis zur ersten Vollversammlung gewählt:  
als 1. Vorsitzender Prof. Gerhard R i t t e r in Freiburg,  
als 2. Vorsitzender Prof. Hermann A u b i n (Hamburg) in Freiburg,  
als Schriftführer Prof. Hermann H e i m p e l in Göttingen,  
als Kassenwart Prof. Herbert G r u n d m a n n in Münster/Westf.

Ferner wird einstimmig beschlossen:

"Der Verband der Historiker Deutschlands delegiert für den Internationalen Historiker-Verband endgültig die Herren Baethgen und Stadelmann. Er setzt dabei voraus, dass die deutschen Historiker fortan zu allen Veranstaltungen des Internationalen Historiker-Verbandes gleichberechtigt zugezogen werden."

Protokoll: Frundmann

gez.: Baethgen

gez.: Goetz

## DAS HISTORIKERTREFFEN IN S P E Y E R

ab 22. März 1949

---

Das private Treffen wetteifert nicht mit Veranstaltungen von Verbänden oder mit internationalen Kongressen, welche die Forscher ~~xxx~~ zur Klärung fachwissenschaftlicher Fragen zusammenführen.

Rückblick auf das zehntägige erste Treffen im Herbst 1949

---

Anlass und Ausgangspunkt des ersten Treffens war das allgemeine Unbehagen über die Unzulänglichkeit der zur Zeit verfügbaren Schulbücher der Geschichte, und zwar in ihrer Grundhaltung. Deutsche Professoren und Schulmänner wiesen darauf hin, dass eine unparteiische sachliche Prüfung sowohl der Lehrbücher als auch insbesondere der Grundbegriffe nötig wäre, und zwar für alle Stufen des Geschichtsunterrichts, und für alle Länder. Mit einer solchen Prüfung wurde auf internationaler Grundlage begonnen: sie soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Aus den Referaten von Pädagogen und Professoren entstand eine Diskussion über die Grundlagen der vermeintlichen oder wirklichen Objektivität des Historikers, Vorschläge wurden gemacht, wie man die Lehrer der Geschichte in allen Ländern zu dieser wirklichen Objektivität hinführen könne. Solche Bemühungen sollen fortgesetzt werden.

Es handelt sich vor allem darum, verschiedene parallel laufende Bemühungen einander immer wieder anzunähern, damit sie einander stützen oder wie ein belgischer Referent treffend sagte: "Es ist wichtig, nicht nur den Studenten die geeigneten Lehrbücher zu verschaffen, die angesichts einer neuen Zeitproblematik und Kulturbezogenheit noch völlig fehlen, sondern vor allem auch den Lehrern selbst, wir wollten darauf bedacht sein, ihnen von der Grundschule bis zur Hochschule die nötigen Hinweise für eine neue Orientierung ihrer eigenen Lehrtätigkeit zu bieten." Denn unter den Pädagogen nehmen die Historiker eine hervorragende Stellung ein, sie sollen die gemeinsamen Überlieferungen der Völker lebendig zu machen: dazu aber müssen sie oft erst bei sich selbst anfangen und wiederentdecken, was vier Generationen mit nationalistischer Romantik - im neunzehnten Jahrhundert war sie zeitgemäß - auch bei ihnen selber verschüttet haben.

Es kann sich hierbei nicht darum handeln, nationale Gefühle zu schwächen oder herabzusetzen, wohl aber darum, diesen Gefühlen die Alleinherrschaft zu bestreiten und sie wieder in Einklang mit den höheren Werten der Menschheit zu bringen: die Nation kann heute nicht mehr als jener oberste Wert angerufen werden, der die Mittel - gleichgültig welche Mittel - zu heiligen vermöchte. Die Geschichte Europas kann uns helfen, jene vom Nationalismus zurückgedrängten obersten Werte wieder sichtbar zu machen: sie sind uns allen gemeinsam.

Belgische, Deutsche, Französische, österreichische und Schweizerische Historiker haben sich zu dieser Aufgabe zusammen gefunden. Nähere Einzelheiten enthält der Bericht der Herren Grégoire, Harsin, Lambrechts, De Laet : "La réunion d'historiens de Spire", Août 1948, Alumni, tome XVII, 6, page 267 sq, Bruxelles 1948 :

"Sans des rencontres comme celle de Spire on ne conçoit même pas la naissance d'un esprit européen renoué. Pour les observateurs belges et suisses qui assistaient à cette rencontre, ce fut en vérité une agréable surprise de constater qu'un sincère désir de rapprochement intellectuel animait leurs collègues français et allemands. Les résultats acquis ne seront pas perdus si, comme la promesse en a été faite, de prochaines réunions viennent féconder des efforts courageux et désintéressés. Espérons qu'à cette noble tâche d'autres collaborations puissent encore être gagnées. Le chemin pour y atteindre sera long et ardu, mais là où il y va de l'avenir moral et matériel de l'Europe, aucune peine ne doit être épargnée, aucune bonne volonté ne peut faire défaut." (p.273)

Bei dem Wunsch, dass weitere Kollegen, auch aus anderen Nationen, sich mit ähnlichen Gedanken zusammenfinden, wurde der Unterzeichnete in der letzten Sitzung gebeten, die Vorbereitung für ein zweites Treffen zu übernehmen.

Dieses nächste Treffen soll vier Ziele verfolgen, von denen die beiden ersten unaufschiebbar sind :

- 1.) Die vordringliche Schulbücherfrage klären.
- 2.) Die Diskussion der Grundbegriffe fördern, sie von nationalistischen Fehlurteilen säubern, und etwa hierfür geeignete Einführungsbücher feststellen.
- 3.) Berichte über die Arbeiten in den einzelnen Ländern auszutauschen.
- 4.) Persönliche Kontakte zu erleichtern, auch für die Lösungen praktischer Probleme.

Ausgeschlossen bleiben - wie bei dem ersten Treffen - dass Teilnehmer als Vertreter von nationalen oder sonstigen Organisationen fungieren. Jeder Eingeladene ist als Persönlichkeit mit privater Initiative willkommen.

Für dieses nächste Treffen sind sowohl die Mittel als auch Unterkünfte und Passvisa durch freundliches Entgegenkommen der französischen Regierung gesichert. Sie hatte zu dem ersten Treffen 1948 den Anstoß gegeben und hat auf Wunsch der Teilnehmer diesen selber die Verantwortung für das zweite Treffen überlassen. Sie enthält sich jeder Einwirkung auf die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Märztages. Jeder vom Unterzeichneten unter dessen alleiniger Verantwortung eingeladenen Historiker, der zu einem Referat oder zur Diskussion eines Themas eigens aufgefordert ist, erhält seine Reisespesen und Aufenthaltskosten in Form eines Vortragshonorars ersetzt.

Für alle anderen Teilnehmer wird Zimmer und volle Verpflegung zum Preise von 10 DM pro Tag bereitgehalten. Jüngere Teilnehmer, die keinen Anspruch auf ein Einzelzimmer erheben, können schon für 7 DM untergebracht werden und verpflegt, und werden den Veranstaltungen des Treffens beiwohnen, so weit es der beschränkte Platz erlaubt.

Als Datum für dieses zweite Treffen wurde nach Umfrage die Zeit ab 21. März Nachmittag gewählt. Der 26. März wird das festgelegte Programm mit einer Exkursion unter kunsthistorischer Führung beschlossen.

gez. : Walther KRITSCH

Adresse in Österreich :  
Schlössl RETTENSTEIN  
St. Johann/Pongau

Adresse in Deutschland :  
SPEYER - Domplatz 10

Adresse in Frankreich :  
78, rue d'Assas, PARIS 6<sup>ème</sup>